

Ergebnisprotokoll der 33. Sitzung des Frauenpolitischen Beirats am 20.03.2015

Teilnehmerinnen und Teilnehmer gem. Anwesenheitsliste (siehe Anlage a)

TOP 1 Begrüßung und Aktuelles

Frau Senatorin Kolat begrüßt den Beirat und die Vertreterinnen der Organisationen, die erstmals an der Sitzung teilnehmen:

- Frau Nina Lepsius, seit dem 1.3.2015 beim DGB Berlin-Brandenburg beschäftigt und zuständig für die Themen Frauen und Gleichstellung
- Frau Adriane Nebel von der Handwerkskammer Berlin, im Bereich Wirtschaftspolitik auch für das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf zuständig
- Frau Elke Kordus, Leiterin Personalmanagement der Berliner Wasserbetriebe, die im Jahr 2015 die Initiative mehrwert vertreten wird.

Des Weiteren wird der Vorsitzende des Berliner Beirats für Familienfragen, Herr Thomas Härtel begrüßt. Der Familienbeirat hat sich intensiv mit der Zielgruppe der Alleinerziehenden beschäftigt und wird unter TOP 3 hierzu berichten.

Das Protokoll der letzten Sitzung am 28.11.2014 wird genehmigt.

Aktuelle Themen:

- **Equal Pay Day 2015:** Über 1.000 Aktionen und Infoveranstaltungen in ganz Deutschland setzten am 20. März 2015 ein Signal für mehr Lohngerechtigkeit und Transparenz. Der Equal Pay Day weist den geschlechtsspezifischen Entgeltunterschied aus, der laut Statistischem Bundesamt bei derzeit 22 Prozent liegt. Der 20. März kennzeichnet den Tag, bis zu dem Frauen länger arbeiten müssen, um das gleiche Gehalt wie ein Mann am 31. Dezember des Vorjahres zu erzielen. In Berlin haben sich 200 Unternehmen an der Aktion beteiligt, Frauen an diesem Tag auf eines Ihrer Produkte oder Dienstleistungen einen Rabatt von 22 % einzuräumen.
- **Girls`Day am 23.4.2015:** Im Wissenschaftsjahr 2015 geht es am 15. Girls`Day um Klima, Mobilität und Energieversorgung in der Zukunftsstadt Berlin. Der Girls`Day ist das größte und vielfältigste Angebot in der Berufsorientierung für Mädchen und bietet ihnen Chancen, ihr Berufswahlspektrum zu erweitern. Momentan stehen 6.077 Plätze (2014: 6.422 Plätze) auf dem Aktionsradar und 382 Veranstaltungen. Aktuelle Informationen und Kontaktdaten aus Berlin unter www.girlsday-berlin.de. Jungen können parallel zum Girls`Day am **Boys`Day** teilnehmen. Dabei lernen sie für Männer untypische Berufe kennen und setzen sich mit männlichen Rollenbildern und der eigenen Lebensplanung auseinander (www.boys-day.de). In diesem Jahr wurden zum ersten Mal die Kindertageseinrichtungen gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft zur Beteiligung am Boys` Day aufgerufen. Momentan stehen 97 Veranstaltungen und 884 Plätze (2014: 1.519 Plätze) auf dem Boys` Day Radar.
- **25. GFMK in Berlin:** Die Vorkonferenz findet am 23./24.4.2015 und die Hauptkonferenz am 2./3.7.2015 statt. Gastgeber Berlin wird im Rahmen der Jubiläumskonferenz das Thema Alleinerziehende als Schwerpunkt mit dem Leitantrag „Alleinerziehende besser unterstützen“ einbringen. Weitere Anträge befassen sich mit Familienpolitik (Lebenslaufperspektive) und der Förderung einer partnerschaftlichen Teilung von Kindererziehung. Aus Sicht des Landes Berlin ist es ein großer Vorteil, dass auch Bundesministerin Schwesig das Thema prominent herausstellen möchte. Geplant ist auch, die Ergebnisse der Studie der Prognos AG zur Evaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen vorzustellen. Analysiert wurden die Ehe- und Familienkomponenten im Steuerrecht und die Zielrichtung der Instrumente. Hierbei wurden grundsätzliche Fehlanreize aufgedeckt.

TOP 2 **Beschlussfassung zur Satzung**

Die Abstimmung zur Satzung erfolgte im schriftlichen Umlaufverfahren. Der in der Fassung vom 20.3.2015 vorliegende Entwurf (siehe Anlage b) wurde einstimmig angenommen. Eine Ansprechpartnerin wird beiratsintern gewählt und namentlich nachgemeldet.

TOP 3 **Thema: Alleinerziehende**

1. **Wichtige Aspekte und Forderungen aus Sicht des Beirats** (Frau Landero berichtet):

- Berlin ist Hauptstadt der Einelternfamilien,
- die Gruppe trägt ein besonderes Armutsrisiko und
- ist offensichtlich benachteiligt, z.B. durch steuerliche Aspekte und in der öffentlichen Darstellung,
- die Integration in den Arbeitsmarkt ist besonders schwierig.

Hieraus werden abgeleitet

a) bundespolitische Forderungen:

- soziale und politische Gleichstellung von Einelternfamilien
- Steuergerechtigkeit für Einelternfamilien
- Aufenthaltsrecht für Einelternfamilien (Mütter!) mit Migrantinnenherkunft gewährleisten (bei Sorgerechtsdurchsetzung ist keine Gerechtigkeit durch die verschiedenen nationalen Gesetze der Herkunftsländer gegeben)

b) landespolitische Forderungen:

- alternative Arbeitszeitmodelle für Einelternfamilien in Berlin fördern/“Familienfreundlicher Betrieb“
- verschiedene flexible Kinderbetreuungsprojekte (Bring- und Abholdienste!) weiter entwickeln und ihre unterschiedlichen Angebote transparent machen
- Förderung von sozialen Mietsegmenten für Einelternfamilien
- Ausbau und Stabilisierung von Beratungen zur Armutsprävention für Frauen/Mütter in Trennungssituationen (Schulden!)

2. **Input der Senatsverwaltung AIF: Alleinerziehende in Berlin, Fakten – Angebote - Handlungsbedarfe** (Frau Daniel berichtet):

Zusammengefasst ergeben sich folgende Handlungsfelder (Präsentation siehe Anlage c):

- Anerkennung der Zielgruppe
- Beratung für Schwangere, Hilfen nach der Geburt
- Flexible Arbeitszeiten und flexible Kinderbetreuung
- Verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt
- Bildung von Netzwerken in den Bezirken

3. **Berliner Beirat für Familienfragen: Analyse und Handlungsbedarfe**

Herr Härtel zeigt die Probleme auf, die der Familienbeirat für die Gruppe der Alleinerziehenden identifiziert hat. Daraus leiten sich folgende Handlungsbedarfe ab (Präsentation siehe Anlage d):

a) **Vereinbarkeit von Familie und Beruf :**

- Flexible/bedarfsgerechte Kinderbetreuung (staatlich und durch Unternehmen)
- Verbindung von Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt nach SGB II und Angeboten der Familienbildung (Modell: „Perspektiven für Familien: Beschäftigung und Jugendhilfe in Tandem“ in Nürnberg)
- Förderung von Alleinerziehenden-Netzwerken (Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf)
- Ausbildung, Weiterbildung und Studium in Teilzeit
- anonymisierte Bewerbungsverfahren

b) von Armut bedrohte/arme Einelternfamilien:

- Zugang zu BuT-Leitungen verbessern
- Zugang zu BuT/BerlinPass/weiteren Vergünstigungen auch für überschuldete Familien
- Allgemeine soziale Beratung ausbauen, insbesondere auch Paar- und Trennungsberatung
- Konsequente Verfolgung von Unterhaltsansprüchen + Verlängerung des Anspruchs auf Unterhaltsvorschuss
- Wohnen bleiben im Kiez/Sozialraum ermöglichen bzw. Umzüge begleiten
- Armutssensibilität in Kitas/Schulen erhöhen

Fazit: Als gemeinsamer Handlungsbedarf wird die Forderung nach **ergänzender, flexibler Kinderbetreuung** außerhalb der Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen gesehen. In Berlin ist der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung gesetzlich gut geregelt. Allerdings ist Betroffenen oft nicht bekannt, dass zusätzlich eine ergänzende Kinderbetreuung bewilligt werden kann, wenn die Öffnungszeiten der Einrichtungen den Bedarf nicht abdecken.

Probleme: Die für den ergänzenden Betreuungsbedarf zuständigen Jugendämter beraten hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten oftmals nicht vollständig und korrekt. Daneben stehen für die ergänzende, flexible Kindertagesbetreuung zu wenige Tagespflegeelternstellen (bei einer Vergütung von 3 €/Stunde) zur Verfügung.

Die Erfahrungen haben auch gezeigt, dass erweiterte Kitaöffnungszeiten bis 20 Uhr nicht angenommen werden und somit keine Alternative zur ergänzenden, flexiblen Kinderbetreuung sind. Alleinerziehende wollen/müssen flexibel sein, spontan entscheiden können und eine gute Betreuung gewährleistet bekommen.

Besondere Bedürfnisse einzelner Gruppen sollten stärker beachtet werden:

- a) Alleinerziehende Migrantinnen, die im Rahmen des Familiennachzuges gekommen sind und auf keine Familienstrukturen oder andere private Hilfestellungen zurückgreifen können. Das gilt insbesondere, wenn sie von Gewalt betroffen sind.
- b) Alleinerziehende, behinderte Frauen benötigen barrierefrei zugängliche Angebote. Zudem gibt es keinen Rechtsanspruch zur Elternassistenz.

Auch die Unternehmen könnten gezielter reagieren, z.B. in Form eines Netzwerkes, das eine gemeinsame Kita betreibt, einer unternehmenseigenen Kita oder einer besonderen Familienfreundlichkeit im Unternehmen (innerbetriebliche Vereinbarungen, Streuung der Verantwortung, familienfreundliches Klima).

TOP 4 Planung der nächsten Beiratssitzung am 11.9.2015, 16 Uhr (vornotiert)

In der kommenden Sitzung soll das Thema **Wohnen & Frauen** unter Berücksichtigung der besonderen Aspekte der Wohnraumsituation alleinerziehender Mütter und älterer Frauen und der Mietpreisentwicklung in Berlin auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Eine Behandlung des Themas im Beirat ist allerdings nur unter der Voraussetzung möglich, dass die fachlichen Vorbereitungen und ein Input zum Sitzungsthema von der zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt erstellt werden.

Als **Gäste** werden angefragt/eingeladen:

- Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt
- Kristina Jahn, Vorstand degewo
- Stefanie Frensch und Sophia Eltrop, Geschäftsführung HOWOGE
- Maren Kern, Vorstand BBU

TOP 5 Verschiedenes

Nächster Sitzungstermin: 11.9.2015, 16 - 18 Uhr, Raum 1.124

Anlagen:

- a) Anwesenheitsliste
- b) Satzung vom 20.3.2015
- c) PPP der SenAIF „Alleinerziehende Berlin: Fakten, Angebote, Handlungsbedarfe“
- d) PPP des Berliner Beirats für Familienfragen